



Niederschrift

14. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 17.12.2020
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:30 Uhr
Ort, Raum: Potsdam-Museum, Veranstaltungssaal, Am Alten Markt 9, 14467 Potsdam,
Videokonferenz

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr David Kolesnyk SPD

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck DIE aNDERE
Frau Birgit Eifler Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Frenkler
Herr Matthias Kaiser
Frau Ulrike Kallenbach
Frau Dr. Sigrid Müller DIE LINKE
Herr Frank Otto Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ute Parthum anerkannter freier Träger
Herr Tiemo Reimann
Frau Julia Schultheiss anerkannte freie Träger
Herr Bodo Ströber anerkannter freier Träger
Frau Katharina Tietz DIE aNDERE

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE

beratende Mitglieder

Herr Mak Kljunic Jugendvertretung
Frau Maria Pohle
Herr Robert Witzsche Kita-Elternbeirat

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereich 2

Gast

Frau Sabine Reisenweber

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Sebastian Olbrich AfD nicht entschuldigt
Frau Isabelle Vandre DIE LINKE entschuldigt

beratende Mitglieder

Frau Martina Trauth

entschuldigt

Schriftführer/in:
Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Jahresplanung 2021
- 4 Informationen des Jugendamtes
 - 4.1 Aktueller Stand zur Skate-/ Funsporthalle
 - 4.2 Kita-Portal
- 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Anträge
 - 8.1 Geänderte Verwendung einer Stelle im Rahmen des Jugendförderplanes für 2021
- 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 9.1 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam", 20/SVV/1273
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kolesnyk, eröffnet die Sitzung als Videokonferenz.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Kolesnyk stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert darüber, dass aufgrund der Pandemielage viele Mitglieder per Videozuschaltung teilnehmen, die Sitzung also eine Hybridsitzung ist. Im Sitzungssaal sind Herr Kolesnyk, Frau Aibel und Frau Thäle anwesend, alle anderen per Videoschalt. Es gibt keine Einwände dagegen. Abgestimmt wird per Handzeichen und Aufrufen des jeweiligen Votums bzw. durch Abfrage durch den Ausschussvorsitzenden.

Herr Kolesnyk weist darauf hin, dass der **TOP 9.1 Handlungskonzept „Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam“, 20/SVV/1273** erneut bis zur Januarsitzung am 21.01.2021 zurückgestellt wird.

Die so geänderte Tagesordnung wird von Herrn Kolesnyk zur Abstimmung gestellt und mehrheitlich zugestimmt.

zu 3 Jahresplanung 2021

Herr Kolesnyk stellt die Jahresplanung 2021 vor (**Anhang 1**).

Er erläutert, dass Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung stets ergänzt werden und auch die einzelnen Punkte sich ggf. noch verschieben können. Weitere Ergänzungen sollten ihm und der Ausschussbetreuerin per E-Mail mitgeteilt werden, jedoch aufgrund der bereits gut gefüllten Sitzungen im ersten Teil des Jahres voraussichtlich in das zweite Halbjahr, ab September getaktet werden.

zu 4 Informationen des Jugendamtes

zu 4.1 Aktueller Stand zur Skate-/ Funsporthalle

Die Standortüberprüfung wurde gemeinsam mit dem KIS durchgeführt und abgeschlossen. Eine zwischenzeitlich avisierte Variante auf dem „Freiland-Gelände“ wurde nach Prüfung aus eigentumsrechtlichen Gründen verworfen.

Im Ergebnis wurde der Lindenpark als einziger aktuell kurzfristig in Frage kommender Standort ermittelt. Der Standort bietet die Nähe zur Zielgruppe, infrastrukturelle Voraussetzungen und ist sehr gut an den Jugendklub j.w.d. sowie an den Lindenpark als möglicher Träger angebunden. Der avisierte Bereich ist schon jetzt mit einer ungedeckten Skateranlage bebaut und könnte mit in die Gesamtplanung am Standort integriert werden. Entsprechende Mittel werden zur nächsten Haushaltsplanung beantragt werden (1 Mio €).

Es ist vereinbart worden, dass durch den FB 23, der Bereich 2301, konkret durch Frau Ukrow, gemeinsam mit dem Stadtjugendring ein partizipativer Planungsprozess zur Klärung der konkreten Bedarfe und Mindestanforderungen

realisiert wird.

zu 4.2 Kita-Portal

Derzeit sind der LHP drei Anbieter bekannt, welche ein Standardprodukt für Kita-Portale anbieten. An diese Anbieter wurde der Fragebogen am 15.10.2020 versendet. Die Frist zur Beantwortung der Fragebögen endete am 09.11.2020.

Aus der Beantwortung der Fragebögen kann Folgendes abgeleitet werden:

- Es gibt am Markt Anbieter, welche die gestellten Anforderungen grundsätzlich erfüllen.
- Ein Anbieter kann bisher nicht bestehende Funktionalitäten an seinem System durch Programmierungen bereitstellen.
- Ein Anbieter ist bereit im Rahmen von Systemanpassungen mit externen dritten Anbietern zusammenzuarbeiten.

Frau Aubel ergänzt, dass im ersten Quartal 2021 Träger und der Kitaelternbeirat die Anforderungen ans Portal gemeinsam abstimmen werden. Danach findet die Vorbereitung für die Vergabe und anschließend die Durchführung der Vergabe statt. Es sind weiterhin Schulungen geplant. Die Federführung zum Kita-Portal liegt in der IT-Abteilung der Stadtverwaltung Potsdam.

Sonstiges

Trägerwechsel Abenteuerspielplatz

Mit Schreiben vom März 2020 erklärte die Stiftung SPI nach sechs Jahren deren Aufgabe der Trägerschaft des Abenteuerspielplatzes „Blauer Daumen“ zum Saisonende 2020, spätestens jedoch zum 31.12.2020.

Trotz eines Corona bedingt späteren Beginns konnte die Saison 2020 in Abstimmung zwischen ASP-Träger und Elterninitiative dennoch erfolgreich gestaltet und abgeschlossen werden. Im JHA am 13.08.2020 wurde bekräftigt, dass die Fachverwaltung die Initiative der Eltern zur Fortführung des Abenteuerspielplatzes unterstütze und ein hohes Interesse daran hat, das Angebot zu halten.

Frau Aubel erläutert, dass mit der KUBUS gGmbH ein ASP-Interimsbetrieb für 2021 gefunden wurde. Zudem wird die KUBUS gGmbH im ersten Halbjahr 2021 eine Bedarfserhebung unter Einbeziehung der SPI-Erfahrungen und der ASP-Elterninitiative sowie ggf. mit Hilfe des Kinder- und Jugendbüros durchführen. Deren Ergebnis wird die Grundlage für eine Entscheidung über eine bedarfsgerechte Fortführung des Abenteuerspielplatzes „Blauer Daumen“ im Rahmen des Jugendförderplanes ab 2022 bilden.

Aktueller Stand Notbetreuung

Frau Aubel erläutert, dass der Präsenzunterricht in den Schulen ab dem 4.1.2021 weiterhin ausgesetzt werde. Eine Notbetreuung für die Klassen 1-4 stünde zur Verfügung. Diese werde sich auf zwei Personenkreise beziehen, d.h. auf Eltern in strukturelevanten Berufen und Kindern bei denen eine Betreuung aus Gründen des Kindeswohls geboten sei.

Die Bearbeitung der Notbetreuungsanträge werde aktuell mit Hochdruck durch

die Verwaltung vorbereitet. Bereits gestern erhielten die Träger Schreiben diesbezüglich mit der Bitte der Weiterleitung an die Eltern. Es wird darauf verwiesen, dass alle Formulare zum Antrag der Notbetreuung bereits auf der Homepage der Stadtverwaltung Potsdam zur Verfügungen stünden. Eine Freischaltung der Antragsstellung stehe noch aus, diese könne erst erfolgen, wenn die Liste der „systemrelevanten Berufe“ vorläge.

Da eine Schließung der Kitas in Potsdam ebenfalls nicht ausgeschlossen sei, könnten sich die Eltern auch hier bereits mittels der Antragsformulare vorbereiten. Eine Entscheidung werde in der kommenden Woche durch die Landeshauptstadt Potsdam getroffen.

Rufbereitschaft Jugendamt

Auf Rückfrage erläutert Frau Aabel, dass die Umsetzung ab dem 01.01.2021 nicht gehalten werden könne. Grund sei, dass aufgrund der Eindämmungen diverse Veranstaltungen und entsprechende Abstimmungen mit dem Personalrat nicht getroffen werden konnten. Neue Zielsetzung sei der 01.04.2021. Frau Reisenweber ergänzt, dass die Ausstattung (zum Beispiel ein eigenes Fahrzeug) bereits vorhanden sei.

zu 5 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UAJHP:

Herr Ströber berichtet, dass der UA am 15.12.2020 getagt hat.

Die Januarsitzung des UA JHP am 12.01.2021 soll als Videokonferenz erfolgen.

In der letzten Sitzung des JHA gab es Geschäftsordnungsanträge auf Ende der Debatte. Zur Notwendigkeit dieser Anträge gab es unterschiedliche Sichtweisen. Der UA regt an, bei Diskussionen eine Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag des JHA der LHP im Blick zu haben.

Ein weiterer Appell richtet sich an die AGs nach 78, die Tagungen auch trotz der Eindämmungsverordnung durchzuführen (d.h. als digitales Format), um weiter im Austausch zu bleiben.

Die angedachte Verlegung der nichtbesetzten Stelle des Sprözl zum Kinderprojekt „Arche“

wurde auch im UA thematisiert. Konsens sei, dass der Bedarf im entsprechenden Sozialraum sehr hoch sei (Vgl. Handlungskonzept zur Förderung der Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche in Potsdam 2020). Es wird darauf verwiesen, dass ein zu erfüllendes Leistungskonzept abgeschlossen wird, sobald ein Angebot öffentlich gefördert wird. Weiterhin erfolgt der Appell an die Verwaltung zur kontinuierlichen Kontrolle der Arbeit des Standortes sowie Evaluation zum Ende der einjährigen Finanzierung. Zu möglichen Bedarfen in anderen Sozialräumen der Stadt ist die Evaluation des Jugendförderplans abzuwarten. Ein Besichtigungstermin interessierter Mitglieder des UA JHP für 2021 sei anzusetzen.

Zum Stand der Organisationsuntersuchung des FB 23 wird auf die Präsentation

durch Herr Repkow von der Firma Kienbaum im JHA am 26.11.2020 zurückgeblickt. Der JHA ging (nach Ankündigung durch FBL vor ca. 2 Jahren) von der Untersuchung des Jugendamtes aus, die auch u.a. Aufgaben, Erledigungen und Personalressourcen berücksichtigt inklusive der Gremienarbeit mit den Freien Trägern. Nun hat die Untersuchung vor allem die Fusion des Fachbereichs 23 im Blick. Unklar bleibe das inhaltliche Ziel der anstehenden Interviews mit den Trägern: Für eine Einbindung der Freien Träger braucht es sowohl eine Klärung der Zielrichtung als auch genügend (auch zeitliche) Ressourcen. Daneben wird empfohlen, dass die Träger in jedem Fall nach Abschluss der Untersuchung eingebunden werden könnten, um zu unterstützen, wenn möglich. Um zukunftsorientiert gemeinsam agieren zu können und um Überlastungen zu verringern.

Zum Umgang mit den Berichten der AGs zu den Pandemieerfahrungen habe man neben den bisherigen zusätzlich die Zuarbeit der RegAG 1 erhalten. Der Punkt werde erneut in der Januarsitzung des UA behandelt.

Ein weiteres Thema im Januar sei die Themenplanung des UA JHP für 2021. Unter anderem solle die Evaluation des Gesamtkonzepts Schule-Jugendhilfe auf die Jahresplanung. Eine Beratung dazu erfolge bereits vorab in der nächsten Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe.

AG Kita

Frau Frenkler verliest die Erklärung zum Rücktritt des Sprecherinnenrates der AG 78 (**Anhang 2**).

Frau Aubel ergänzt, dass bereits eine Videokonferenz mit dem entsprechenden Sprecherinnenrat und ihr stattgefunden habe. Man habe eine Vereinbarung getroffen, wie die perspektivische Zusammenarbeit ausgestaltet werden solle und zusätzlich eine Sitzung im Januar 2021 mit einem externen Moderator anberaume.

AG HzE:

Herr Küken berichtet, dass Anfang Dezember eine Videokonferenz stattgefunden habe. Es wurden die besonderen Bedarfe der stationären Einrichtungen (u.a. mehr Personal etc.) aufgrund der aktuellen Eindämmungsverordnung besprochen.

Frau Reisenweber führt aus, dass ein entsprechendes Schreiben durch die Verwaltung dazu aufgesetzt wurde, welches in den nächsten Tagen verschickt wird, und versichert mit den Trägern in engem Kontakt zu stehen, um gemeinsam Lösungen zu finden.

AG JuFö:

Frau Tietz berichtet, dass die AG das nächste Mal im Januar tagen werde.

Sie berichtet für den AKKJ von Irritationen bei den Fachkräften der Kinder- und Jugendclubs bezüglich des Schreibens des Jugendamtes mit der Bitte um Beratungsbereitschaften zwischen den Feiertagen. Die Clubs hätten traditionell in diesem Zeitraum geschlossen. Frau Reisenweber sichert zu, zu diesem Thema gerne zum weiteren Austausch zur Verfügung zu stehen.

Frau Parthum fragt, ob eine Teststrategie auch für die Mitarbeiter in der offenen Kinder- und Jugendhilfe geplant sei. Frau Aibel antwortet, dass sie das Thema im morgigen Krisenstab anbringen werde, sie aber aufgrund der aktuellen Kapazitäten der Tests nicht sehr zuversichtlich sei.

In der anschließenden Diskussion ergänzt Frau Frenkler, dass auch auf Landesebene über Verbände intensive Gespräche dazu stattfinden und ein Appell ausstehe. Frau Schultheiss fordert ebenfalls die Stadtverwaltung und Politik auf, mehr Verantwortung für die Kinder- und Jugendarbeit zu übernehmen. Es habe viel Engagement in den letzten Monaten in diesem Bereich gegeben. Dies spiegle sich jedoch nicht in den Eindämmungsverordnungen wider. Frau Aibel und Frau Reisenweber bekräftigen, dass dies auch die Haltung der Verwaltung sei und so gegenüber dem MBSJ kommuniziert werde.

Frau Tietz verweist abschließend darauf, dass die Bedingungen in den Kinder- und Jugendclubs auch vor Beginn der Pandemie schon nicht sehr gut waren (z.B. bezüglich der Ausstattung der Clubs etc.), sich die Situation jedoch noch verschlechtert habe.

RegAG1:

Herr Rühling berichtet, dass die letzte Beratung im informellen Format online am 07.12.2020 stattgefunden habe. Er gibt Rückmeldungen der RegAG 1 zur aktuellen Situation von Kindern und Jugendlichen in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. Zusammenfassend wird konstatiert, dass seitens der Kinder und Jugendlichen eine Erschöpfung sichtbar wird. Die Flucht erfolgt vielfach in den digitalen Raum (Onlinespiele). Das Dilemma, dass Jugendliche für ein gesundes Aufwachsen Treffpunkte und Begegnungsmöglichkeiten benötigen, die derzeit nicht oder stark reglementiert zur Verfügung stehen, wird sehr deutlich. Im Hortbereich gibt es großen Klärungsbedarf, da die Verordnungen im Bereich Kita häufig die vorschulischen Einrichtungen im Blick haben und nicht deckungsgleich mit Regelungen zum Bereich Schule sind. Außerdem ist die Zusammenarbeit mit den Schulen weiterhin nicht gut organisiert/ wenig Verständnis in Schulen zu Horten. In einigen Schulen ist ein gestiegenes Gewaltpotential zu beobachten. In den ambulanten HzE bringen steigende Fallzahlen die Träger an die Kapazitätsgrenze. Stundenkontingente der Erziehungsberatungsstellen sind aufgebraucht. In den stationären Hilfen stellen vor allem Infektionen von Mitarbeitenden die Träger vor Herausforderungen.

(Anhang 3)

RegAG2:

Es erfolgt eine Stellungnahme zu TOP 8.1 Geänderte Verwendung einer Stelle im Rahmen des Jugendförderplanes für 2021 (siehe TOP 8.1).

RegAG3:

Herr Papadopoulos berichtet, dass die letzte Sitzung im Oktober stattfand. Aufgrund des Wohnortwechsels habe Frau Fischer den Vorsitz der AG an Herrn Papadopoulos übergeben.

Er erläutert weiterhin, dass die Region der RegAG 3 größer werde und somit auch die Bedarfe. Er kritisiert, dass Maßnahmen gestrichen wurden, die über

Jahrzehnte funktioniert haben. Die Arbeit im Sozialraum bzw. regionalraumorientiertes Arbeiten solle wieder mehr Thema sein.

Herr Kulke richtet anschließend die Frage an alle RegAGs, in welchem Umfang diese die Dolmetscherleistungen des Jugendamtes nutzen. Frau Reisenweber wird dazu im nächsten JHA berichten.

PAUSE 18:10 – 18:20 Uhr

zu 6 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Es erfolgt keine Berichterstattung. Herr Kljunic fragt, ob u.a. die Spielplätze in Potsdam weiterhin offen seien. Frau Aubel bestätigt dies und verweist auf die Eindämmungsverordnung des Landes Brandenburg.

Herr Kljunic dankt für die Wertschätzung gegenüber Erziehern, kritisiert aber auch, dass sie keine Corona Sonderzahlung erhalten würden.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche kritisiert ebenfalls die fehlende Sonderzahlung für Erzieher. Weiterhin lobt er die gute Zusammenarbeit mit Kita-Tipp zum Thema Rechtsanspruchsformular. Die Formulare seien bereits inklusive Änderungen des KEB online zu finden.

Er bittet um aktuelle Infos zu den folgenden Punkten - so denn hier neue Fakten vorliegen.

- Stand Rückzahlung
- Umsetzungsstand EBO
- Umsetzungsstand Mittagessen (hier sollten bis 5.12. die Probleme benannt und ein Termin zur Auswertung und zum weiteren Vorgehen anberaumt werden)
- Wie viele Mitarbeiter*innen aus dem GB bzw. speziell aus dem Jugendamt sind derzeit für Aufgaben zur Pandemie-Bewältigung eingeteilt?

Die Verwaltung sichert zu darüber im JHA am 21.01.2021 zu berichten.

Weiterhin berichtet Herr Witzsche, dass das Urteil AZ 15 O 11/19 vom Juli 2020 rechtskräftig geworden sei. Das bedeute, dass der beklagte Träger die Kosten für Grundstück und Gebäude sowie die sonstigen Kosten für die Mittagessensversorgung mindestens für die klagenden Eltern aus den Beiträgen herausrechnen muss. Da hier nun ein rechtskräftiges und zumindest für diesen Träger unwiderlegbares Urteil vorliegt, sollte der Träger - um weitere Gerichtsverfahren zu vermeiden - dies auf alle Eltern, die mit ihm laufende Verträge haben, anwenden. Eine ähnliche Frage wird sich dann den anderen Trägern und der Stadt stellen.

zu 8 Anträge

zu 8.1 Geänderte Verwendung einer Stelle im Rahmen des Jugendförderplanes für 2021

Herr Kolesnyk verweist zu dem Thema auf den letzten JHA sowie die vorab verschickten Konzepte und den Antrag zu dem TOP.

Anschließend erläutert Herr Ströber den Standpunkt des UA JHP (siehe TOP 5). Herr Kolesnyk stellt die Antragsformulierung mit Änderungen durch den UA vor.

Herr Küken berichtet, dass die RegAG 2 eine digitale Sondersitzung am letzten Montag durchgeführt habe. Im Namen der RegAG 2 stimmt er der Förderung zu, jedoch nur für ein Jahr. Man müsse die Qualitätssicherung sicherstellen und die Evaluation müsse im Spätsommer stattfinden. Vertreter der Arche müssten in entsprechenden regionalen Gremien vertreten sein. Man müsse den erweiterten Bedarf in Drewitz erfassen, aber auch eine Bedarfsanalyse in Babelsberg durchführen.

Er persönlich befürwortet die Arbeit der Arche und die geplante Stellenförderung.

Im Folgenden erörtert Herr Otto seine Bedenken bezüglich der Projektförderung der Arche. Er äußert seine Kritik an der Arche und die Skepsis zur Vergabe der Stelle und bekräftigt sein entsprechendes Votum zu dem Thema.

In der anschließend kontrovers geführten Diskussion wird angeführt, dass sich einzelne Mitglieder ein anderes Vorgehen (Ausschreibung der Stelle) gewünscht hätten und die Bedarfe auch in anderen Stadtteilen sehen. Herr Kolesnyk verweist abschließend darauf, dass bei der möglichen Stellenförderung der Arche die gleichen Forderungen durch den öffentlichen Träger bestehen, wie für alle anderen Träger und Förderungen sonst auch. Eine Bedarfsanalyse in allen Stadtteilen Potsdams erfolge im kommenden Jahr durch die Evaluation des Jugendförderplanes ebenfalls.

Herr Kolesnyk stellt die vorgeschlagenen Änderungen zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam finanziert eine Stelle auf Projektbasis (2021) beim Träger „Die Arche“ Kinderstiftung - Christliches Kinder- und Jugendwerk in Potsdam. **Ziel des Angebots soll auch eine Vernetzung der Angebote im Stadtteil sein.** Im Rahmen der Fortschreibung des Jugendförderplanes wird **dieses** Angebot evaluiert.

Deckung: Die finanzielle Deckung erfolgt aus den Mitteln für den Jugendförderplan und der darin enthaltenen Stelle für das "Sprözl". Die Mittel stehen zur Verfügung, da der Träger die Mittel für 2021 nicht in Anspruch nimmt. **Damit ist keine Änderung des Jugendförderplanes verbunden. Ausgangsbasis für die Evaluation ist der bestehende Jugendförderplan.**

Begründung: Die vorgeschlagene Projektfinanzierung für das Jahr 2021 dient der Finanzierung von Angeboten für Kinder ab **12 Jahren** der Jahrgangsstufe 7, hier

für die aktuell bedarfsbezogene ~~personelle Aufstockung~~ der Arbeit mit jungen Menschen im Stadtteil Drewitz. Für die Mittelverwendung und deren Prüfung gelten die Vorgaben, die für alle freien Träger im Bereich der Jugendförderung gelten. Im Übrigen siehe Konzept Arche Potsdam anbei.

Herr Kolesnyk stellt die vorgeschlagene Änderung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen

Herr Kolesnyk stellt den so geänderten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen

zu 9 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 9.1 Handlungskonzept "Förderung der Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Potsdam" Vorlage: 20/SVV/1273

Die Drucksache wird erneut bis zur Januarsitzung am 21.01.2021 zurückgestellt.

zu 10 Sonstiges

Sonstiges

Frau Tietz bittet darum das Evaluationskonzept zum Jugendförderplan der AG JuFö zur Verfügung zu stellen, bevor es im JHA vorgestellt wird.

Herr Ströber verweist auf einen Zeitungsartikel der PNN vom 17.12.2020 bezüglich fehlender Spielplätze und Aufenthaltsmöglichkeiten im Wohngebiet „Nördlich in der Feldmark“. Er bittet darum dies im nächsten JHA zu thematisieren. Frau Buhr ergänzt, dass aus dem Spielplatzentwicklungskonzept des Grünflächenamts alle Spielplätze hervorgehen müssten.

Auf Nachfrage bestätigt Frau Reisenweber, dass die Übersicht zu den InsoFa durch den Kinderschutzkoordinator der Verwaltung kurzfristig auf der Homepage der Stadtverwaltung aktualisiert werden.

Nächster Jugendhilfeausschuss: Do. 21.01.2021, 16.30Uhr, Treffpunkt Freizeit/ Videokonferenz

ENDE 19.30Uhr